

freiheit

Ausgabe 10/18

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: shutterstock.com

Frohe Weihnachten!





UNSER LAND IN **GUTER** HAND

Fraktion Christlicher
GewerkschafterInnen
in der

**GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST**



göd.fcg

www.goedfcg.at



EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

Es ist wieder soweit: Weihnachten und der Jahreswechsel stehen vor der Tür. Und wir alle sind völlig irritiert, wo die Zeit geblieben ist. Gerade hatten wir noch Sommerfeeling und plötzlich sind wir von Lametta, Sternen und dem Duft von Selbstgebackenem umgeben.

Das Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu, und es gilt zurückzublicken: Zwölf Monate im Einsatz für die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegen hinter uns. 365 arbeitsintensive, aber auch sehr erfolgreiche Tage. Zahlreiche Verbesserungen für Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind heuer auf den Weg gebracht worden.

Bei der Nationalratswahl 2017 ist Sebastian Kurz angetreten, um Österreich zu verändern. Und dieses Versprechen setzt er konsequent um. Die Veränderung in Österreich ist deutlich spürbar. Neben dem Familienbonus Plus ist durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags eine deutliche Entlastung für die arbeitenden Menschen gelungen. Und auch für das kommende Jahr sind zahlreiche Maßnahmen geplant, die die Menschen entlasten werden.

Ihnen und Ihren Lieben wünschen wir ein besinnliches Weihnachtsfest, ruhige Momente zum Krafttanken und einen guten Rutsch ins Jahr 2019.

Viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe!

*Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin*



Foto: ÖVP/Sabine Klump

christoph.zarits@oeaab.com
www.facebook.com/zarits.christoph

Ein bewegtes und arbeitsintensives Jahr liegt hinter uns. Seit mehr als einem Jahr sind Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Team im Amt und haben in vielen Bereichen Beachtliches auf Schiene gebracht. Sozialpolitische Meilensteine, versprochen im letzten Wahlkampf, wurden konsequent in einem neuen Stil umgesetzt. Ein neuer Stil, bei dem man miteinander und nicht gegeneinander arbeitet.

STRUKTUREN VERÄNDERN. WERTE ERHALTEN!

EIN GASTKOMMENTAR VON GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Eine Vielzahl von langjährigen ÖAAB-Forderungen konnte in diesem Jahr durch die neue Bundesregierung erfolgreich umgesetzt werden: So profitieren künftig Familien mit Kindern von der größten steuerlichen Entlastung in der Geschichte der 2. Republik – dem Familienbonus Plus. Durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags spüren seit Juli 2018 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen die Entlastung in ihrem Geldbörsel! Ein groß angelegtes Sicherheitspaket sorgt für ein Mehr an Sicherheit für unsere Bevölkerung. Und für die Kinder und Jugendlichen gibt es im Bildungsbereich zahlreiche Verbesserungen.

Auch für das neue Jahr haben wir uns viel vorgenommen. Die Bundesregierung hat für das Jahr 2020 eine umfassende Steuerreform angekündigt, und wir als ÖAAB kümmern uns darum, dass dabei das Hauptaugenmerk auf der steuerlichen Entlastung der arbeitenden Menschen liegt. Erste Vorschläge haben wir bereits eingebracht. Im kommenden Jahr geht es nun darum, unsere Entlastungs-Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir werden den Weg gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz gehen, und uns weiterhin für gerechte, nachhaltige und faire Lösungen für die Herausforderungen der Zeit einsetzen. Unser Leitspruch dabei: Strukturen verändern. Werte erhalten!

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax **Anzeigenverwaltung:** Nicole Karlick, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351, office@wienerpressverein.com **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

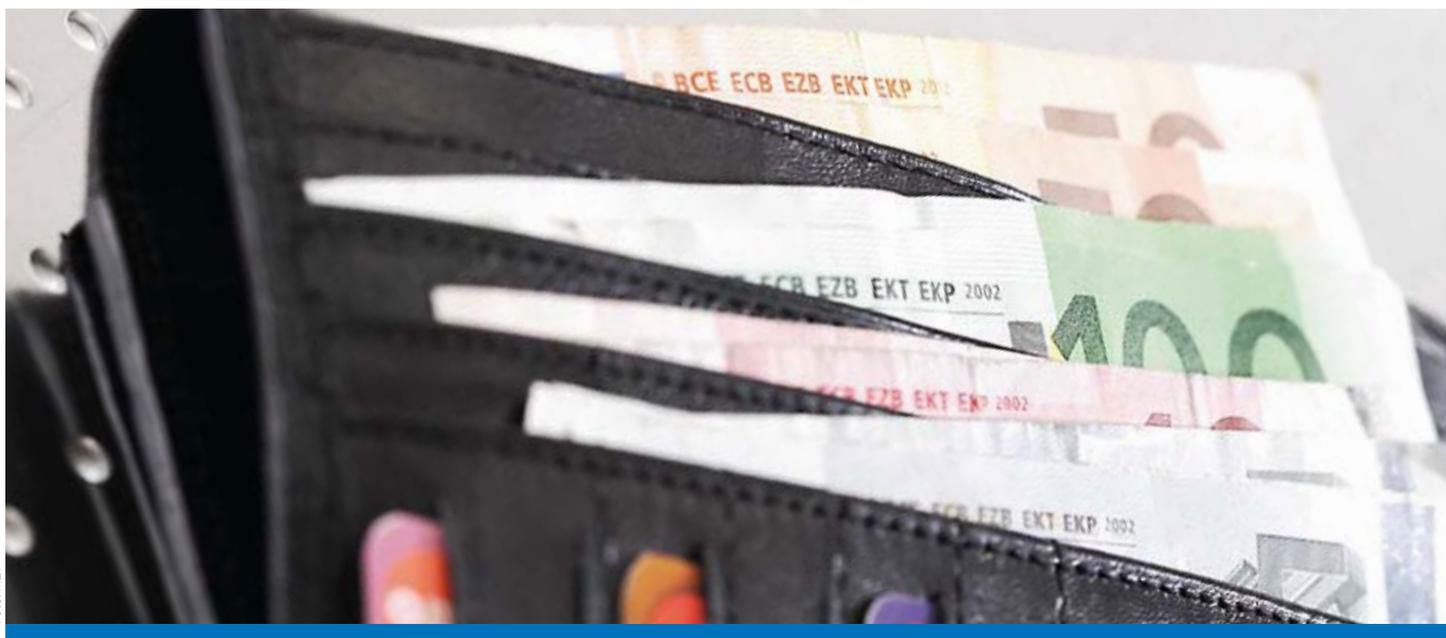


Foto: MEV

„Faire Arbeit – Faire Steuern“ Wir entlasten die arbeitenden Menschen

Die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Sebastian Kurz hat sich klar zum Ziel gesetzt, die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent zu senken, damit diejenigen, die in das System einzahlen, stärker entlastet werden, und den Menschen wieder mehr Netto vom Brutto bleibt. Ein Ziel, das der ÖAAB auch vehement verfolgt. Daher hat der ÖAAB ein eigenes Steuerkonzept erarbeitet, das sich in der 2020 geplanten Steuerreform wiederfinden soll.

Das österreichische Steuerrecht ist hochkomplex, für den Steuerpflichtigen kaum mehr verständlich und für die Finanzverwaltung kaum mehr administrierbar. Daher arbeitet die Bundesregierung an einer Steuerreform, die 2020 in Kraft treten soll, mit dem Ziel, das Steuerrecht effizient, fair und einfach auszugestalten. Der ÖAAB hat sich bereits jetzt Gedanken gemacht und ein eigenes Konzept mit Vorschlägen erarbeitet, wie man die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestmöglich von der hohen Steuerbelastung befreien kann. „Wir setzen uns für ein nachhaltiges, treffsicheres und entbürokratisiertes Steuersystem ein, damit den arbeitenden Menschen wieder mehr Netto vom Brutto bleibt, und der Mittelstand nicht die Melkkuh der Nation ist“, erklärt ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger.

Mit dem Familienbonus Plus ist ein erster Meilenstein in die richtige

Richtung gesetzt worden. „Jetzt gilt es, den erfolgreichen Weg weiterzugehen“, so ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits.

Arbeitende Menschen entlasten – Steuertarif senken

Die Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss in den kommenden Jahren spürbar und nachhaltig reduziert werden. Schon jetzt haben wir im internationalen Vergleich eine der größten Differenzen zwischen Brutto- und Nettolohn. Gehaltserhöhungen werden zu 50 Prozent und mehr vom Staat einkassiert. Die Anreize mehr zu arbeiten, sind eingeschränkt. Es muss sich wieder auszahlen, etwas leisten zu wollen. Daher sollen die ersten drei Steuertarifstufen künftig von 25 auf 20 Prozent, von 35 auf 30 Prozent und von 42 auf 40 Prozent gesenkt werden. Bei den weiteren Tarifstufen (48, 50 und 55 Prozent) soll sich nichts ändern.

Abschaffung der kalten Progression

Seit 2016 ist die hart erkämpfte Steuerreform in Kraft. Im Schnitt erhält damit jede Lohnsteuerzahlerin und jeder Lohnsteuerzahler rund 1.000 Euro netto mehr als 2015. Diese Entlastungswirkung verpufft langsam, die Beschäftigten zahlen die Entlastung über die kalte Progression schleichend wieder an den Staat zurück. Damit das nicht passiert, fordern wir die Abschaffung der kalten Progression durch die automatische Anpassung der Steuertarife an die Inflation.

Kleine Einkommensbezieher und Pensionsbezieher entlasten

Mit der Reduktion der Arbeitslosenversicherungsbeiträge wurde bereits der erste Schritt gesetzt, insbesondere kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Als ÖAAB ist es uns wichtig, gerade die Menschen mit kleinen Einkommen und Pensionsbezieherinnen und Pensionsbezieher mit geringen Pensionen

besonders zu entlasten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass es zu einer weiteren Senkung der Sozialversicherungsbeiträge gerade für diese Gruppen kommt.

Mitarbeiterbeteiligung steuerlich begünstigen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen zukünftig steuerlich begünstigt am Unternehmensgewinn beteiligt werden. Derzeit fallen für Erfolgsprämien, die an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausbezahlt werden, sowohl Sozialversicherungsbeiträge als auch Lohnsteuer an. Im Gegensatz dazu soll die Mitarbeiterbeteiligung sozialversicherungsfrei sein und pauschal mit 25 Prozent endbesteuert werden.

Mietkauf durch steuerliche Maßnahmen attraktivieren

Die Nachfrage nach gemeinnützigen Wohnungen ist in den vergangenen

Jahren vor dem Hintergrund steigender Wohnungskosten deutlich gestiegen. Sehr gefragt ist das gemeinnützige Mietkaufmodell (Optionskauf): Diese Variante ist üblich, wenn es sich beim Vermieter um eine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft handelt. Nach einer Mietdauer von zehn Jahren ab Fertigstellung des Wohnobjekts erhält die Mieterin oder der Mieter die Möglichkeit (Vorkaufsrecht), die Wohnung oder das Haus auch käuflich zu erwerben. Jedoch gibt es derzeit eine Regelung, dass jene Mieterinnen und Mieter, die das Modell des Mietkaufes nutzen, vorsteuerpflichtig werden. Hier gilt es eine Neuregelung zu finden, die das Modell des Mietkaufes wieder attraktiviert.

Weniger Steuern auf Überstunden für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Im Zuge der Arbeitszeitflexibilisierung und Einführung der Möglichkeit eines

Zwölf-Stunden-Tages bzw. der Vier-Tage-Woche sollte der Freibetrag für „gewöhnliche“ Überstundenzuschläge von zehn auf 20 Überstunden ausgeweitet werden.

Pendlereuro NEU

Pendlerinnen und Pendlern den Weg zur Arbeit leistbar, so rasch wie möglich und angenehm zu gestalten, ist eine wesentliche Säule der Arbeit des ÖAAB. Ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz ist uns genauso ein Anliegen wie die steuerliche Absetzbarkeit der Fahrtkosten. Bereits 2013 haben wir mit der Einführung des Pendlereuro einen Meilenstein gesetzt. Nun gilt es den bestehenden Pendlereuro zu reformieren und noch treffsicherer zu machen. Die Höhe der Pendlerentschädigung soll sich künftig nach der tatsächlichen Länge des Arbeitsweges richten.

Geförderter Wohnbau in ganz Niederösterreich.

Niederösterreich

Leben mit Schwung.



Derzeit in Bau:

- Bad Deutsch-Altenburg
- Erlauf
- Gänserndorf
- Gramatneusiedl
- Langenlebar
- Obersiebenbrunn
- Oed
- Schwechat
- Ternitz-Pottschach
- Pframa

Weitere Infos erhalten Sie:

T 02236/405

Bezugsfertig:

- Hochneukirchen
- St. Aegy
- Waidhofen a.d. Ybbs

© stockphoto | Tuzischni | Schwechat: MVBSK 16.5 / 7.5 | GEE 0.7/0.7/9



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im *freiheit*-Interview:

„Wer sich seiner Geschichte nicht stellt, den stellt die Geschichte“

Nationalratspräsident und NÖAAB-Landesobmann Wolfgang Sobotka im *freiheit*-Interview über seine Funktion als Nationalratspräsident, österreichische Geschichte und Demokratie.

freiheit: Nach einem Jahr als Nationalratspräsident hat man den Eindruck, Sie hätten nie etwas anderes gemacht. Liegt Ihnen dieses Amt?

Wolfgang Sobotka: Jedes Amt bringt unterschiedliche Anforderungen mit sich. Was mich an der Funktion des Nationalratspräsidenten besonders reizt, ist die unglaubliche Breite. Das beginnt bei der klassischen Gesetzgebung, über die Weiterentwicklung des Parlamentarismus, die Demokratievermittlung bis hin zu Themen wie Kunst, Kultur und Geschichte. Es ist eine große Ehre, dieses Amt bekleiden zu dürfen, es macht mir als Politiker, Historiker und Musiker aber auch eine ganz besondere Freude. Wenn man mich so wahrnimmt, freut es mich natürlich.

freiheit: Immer wieder gibt es Stimmen, die vor einer Aushöhlung der Demokratie warnen. Wie sehen Sie als

Nationalratspräsident solche Wortmeldungen? Überzogen oder gerechtfertigt?

Sobotka: Niemand muss um unser Land fürchten. Das demokratische Grundprinzip durchdringt heute alle Bereiche unserer Gesellschaft. In Familien, Schulen, Vereinen und am Arbeitsplatz werden Entscheidungen heute gemeinschaftlich getroffen. Wachsamkeit ist aber immer geboten. Das sind wir jenen schuldig, die für unsere Demokratie gekämpft haben, und denen, die nach uns kommen. Ich bin der Überzeugung, dass wir als aufrechte Demokraten und Demokratinnen manches Mal aber durchaus mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen sollten. Nicht jede zweifelhafte Aussage muss uns in Angst und Schrecken versetzen. In solchen Momenten ist es wichtig, unmittelbar klarzumachen, wo Grenzen sind und was in einer hochentwickelten Demokratie,

wie der unseren, nicht geht. Aus der Bahn werfen darf uns das aber nicht, dazu sind wir zu gefestigt in unserer demokratischen und gesellschaftlichen Grundhaltung.

freiheit: Das Parlament setzte in diesem Gedenkjahr und auf Ihre Initiative hin eine Reihe von Schwerpunkten mit Veranstaltungen und Publikationen. Ist Ihnen die Auseinandersetzung mit der Geschichte ein zentrales Anliegen?

Sobotka: Wer sich seiner Geschichte nicht stellt, den stellt die Geschichte. Sich mit der Historie unseres Landes auseinanderzusetzen, ist immer wichtig, nicht nur in einem Gedenkjahr. Ich bin der Überzeugung, dass das Parlament zu wichtigen Anlässen die Errungenschaften unserer Demokratie in den Fokus rücken muss, um bewusst zu sensibilisieren. Es ist wichtig, den Men-

schen zu vermitteln, dass vieles, was wir heute als demokratische Selbstverständlichkeiten wahrnehmen, auf die Initiative von Abgeordneten zurückgeht. Dazu zählt die Ausrufung der Demokratie ebenso wie die Schaffung des Frauenwahlrechts oder andere einschneidende Errungenschaften. Dem allgingen Initiative, Diskurs und politische Debatte voraus. Insofern ist der Streit mit Worten im Hohen Haus Grundlage dafür, dass auf unseren Straßen Frieden herrscht, Wohlstand gesichert wird und Weiterentwicklung möglich ist.

freiheit: Viele sehen das Parlament aber oft auch als Ort der Auseinandersetzung. Wie steht es um den Umgangston im Hohen Haus?

Sobotka: Der ist ein wirklich sehr guter. Hinter den Kulissen arbeitet man fraktionsübergreifend sehr professionell und

lösungsorientiert zusammen. Auch die Atmosphäre in der Präsidiäle, dem Gremium der drei Präsidenten bzw. Präsidentinnen und der Klubobleute, ist eine stets respektvolle. Man darf in der politischen Debatte nicht immer alles auf die Waagschale legen. Manche Äußerungen, die Abgeordnete später auch bereuen, ergeben sich im Zuge intensiv geführter politischer Debatten. Ich für meinen Teil appelliere sehr stark an die Eigenverantwortung der Abgeordneten. Sie sind mit all ihren Handlungen und Äußerungen eine Visitenkarte für das Parlament und müssen sich auch ihrer Vorbildwirkung für die Gesellschaft bewusst sein.

freiheit: Die Informationsdichte wird eine immer größere. Es ist im Netz oft kaum noch zu unterscheiden, was wahr ist und was nicht. Stellt das auch die Politik und das Parlament vor neue Herausforderungen?

Sobotka: Absolut. Wenn wir uns ansehen, dass viele Menschen heute keine Zeitung mehr lesen, sondern im Netz bewusst nach Beiträgen suchen, dann stellt uns das künftig vor massive demokratiepolitische Herausforderungen. Informationsblasen, die ausschließlich die eigene Meinung stützen, können keinem Demokraten gefallen. Umso wichtiger ist es, dass Politiker verantwortungsbewusst kommunizieren. Diesen Beitrag müssen wir leisten.

freiheit: Eine Abschlussfrage: Wie und vor allem wo verbringt der Nationalratspräsident Weihnachten?

Sobotka: Besinnlich und im Kreise der Familie. Wir nehmen uns Zeit für unsere Kinder und Enkelkinder und genießen die hoffentlich winterliche Landschaft meiner Heimatstadt Waidhofen an der Ybbs.

Waldviertler Romantik *pur*

geräumige Schlosszimmer • Zentralheizung • Dusche | WC • Sat-TV | Radio • authentisches Interieur
romantischer Schlosspark • Schlosstaverne • Kinderspielplatz • Parkplatz

wetterunabhängige Freizeitmöglichkeiten



www.schloss-drosendorf.at • schloss-drosendorf@drosendorf.at • T 02915/2321-0



Foto: Andreas Schertau

Ein sehr gutes Ergebnis

Nach einem siebenstündigen Verhandlungsmarathon konnte bei den Gehaltsverhandlungen für das Jahr 2019 in der dritten Runde eine Einigung erzielt werden.

Der Startschuss für die diesjährigen Gehaltsverhandlungen erfolgte bereits am 28. August 2018. An diesem Tag wurde das von GÖD-Vorsitzendem Dr. Norbert Schnedl unterzeichnete Schreiben mit dem Ersuchen um Aufnahme der Gehaltsverhandlungen an den zuständigen Bundesminister, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, geschickt. „Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen, damit eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sichergestellt wird“, hieß es darin. Und: „Die öffentlich Bediensteten sorgen trotz der mittlerweile in vielen Bereichen prekären Personalsituation durch großen Einsatz und qualitativ hochwertige Leistungen dafür, dass diese Entwicklung möglich war und ist.“

Außer Streit gestellt

Die erste Verhandlungsrunde zur

Erhöhung der Gehälter und Zulagen aller öffentlich Bediensteten für das Jahr 2019 zwischen den Vertretern der Bundesregierung unter der Leitung von Vizekanzler BM Heinz-Christian Strache sowie BM Hartwig Löger und dem Verhandlungsteam der Gewerkschaften unter Führung von GÖD-Vorsitzendem Dr. Norbert Schnedl und Ing. Christian Meidlinger (youunion) brachten folgendes Ergebnis:

- 2,02 Prozent Inflation und 3 Prozent Wirtschaftswachstum wurden außer Streit gestellt.
- Man einigte sich darauf, dass die Lohnerhöhung mit 1. Jänner 2019 wirksam werden solle.
- Als nächster Verhandlungstermin wurde der 12. November 2018 festgelegt.

Konkrete Zahlen für eine mögliche Lohnerhöhung wurden erwartungsgemäß nicht genannt. In einer spon-

tan anberaumten Pressekonferenz nach den Verhandlungen versprochen die Bundesminister Strache und Löger, die gute Konjunktur zu berücksichtigen, GÖD-Vorsitzender Schnedl forderte „ein ordentliches Lohnplus“. Er verwies auf die „hervorragende wirtschaftliche Entwicklung“ und meinte, diese müsse sich „auch im Geldbörsel niederschlagen“.

Fortsetzung ohne Ergebnis

In der zweiten Runde wurden die aktuelle Budgetentwicklung und die angespannte Personalsituation im Öffentlichen Dienst ausführlich erörtert. Von Regierungsseite wurde die Abgeltung der Inflationsrate von 2,02 Prozent für alle zugesagt. Eine konkrete Forderung der Gewerkschaft oder ein in Zahlen gegossenes Angebot der Bundesregierung wurden nicht vorgelegt. Dennoch zeigten sich sowohl Regierungs- als

auch Gewerkschaftsseite mit dem Gesprächsklima zufrieden. Im Interview mit der Nachrichtenagentur APA erklärte Norbert Schnedl, die Stimmung sei „in Ordnung“. Es habe eine sachorientierte Debatte und einen „sehr wertschätzenden“ Austausch mit den Regierungsvertretern gegeben. Er verwies darauf, dass die Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst sehr hoch sei, zumal auch die Belastung eine hohe sei. Man habe über die wirtschaftliche Situation, aber auch über die budgetären Risiken sowie über die hervorragenden Leistungen der öffentlich Bediensteten diskutiert. Der GÖD-Vorsitzende forderte nachdrücklich einen deutlichen Anteil am Wirtschaftswachstum zur nachhaltigen und dauerhaften Kaufkraftsteigerung. Eine Fortsetzung der Verhandlungen am 20. November wurde vereinbart.

Einigung in der dritten Runde

In der dritten Runde konnte schließlich ein sehr guter Abschluss erzielt werden, und zwar kurz nach Mitternacht – nach einem fast achtstündigen Verhandlungsmarathon. Vor Beginn der Gespräche gab es noch Uneinigkeit, wer den ersten Schritt machen sollte, die Gewerkschaft wartete auf ein Angebot, die Regierungsvertreter erwarteten eine Forderung. Schließlich kam man aber doch zu einem Konsens. Beschlossen wurde eine sozial gestaffelte Gehaltserhöhung zwischen 3,45 Prozent für die niedrigen und 2,51 Prozent für die hohen Einkommen, eine Erhöhung der Zulagen, die an den Referenzbetrag geknüpft sind, von 3,13 Prozent sowie jener in Euro-Beträgen ausgedrückten Zulagen um 2,76 Prozent.



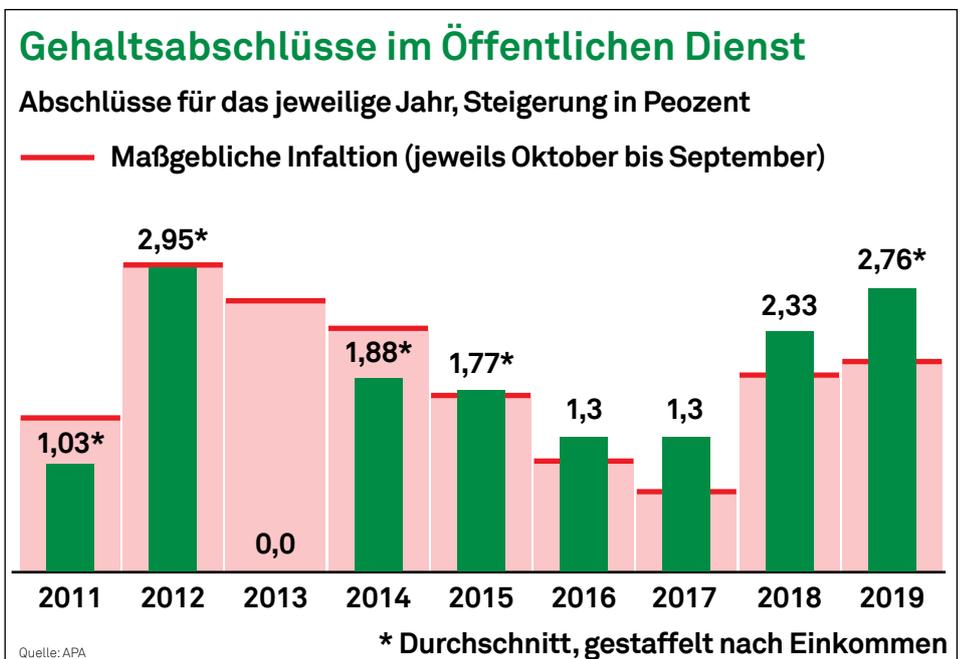
Foto: GÖD

„Wir konnten unsere Forderung nach einer deutlichen Kaufkraftsteigerung für alle durchsetzen!“

GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl zu den erfolgreichen Gehaltsverhandlungen

Von diesem Abschluss profitieren rund 226.000 Bundesbedienstete und knapp 300.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Ländern und Gemeinden (sofern der Abschluss von den jeweiligen Gebietskörperschaften übernommen wird - die meisten haben ihre Bereitschaft dazu bekundet). Die

Gesamtausgaben von 375 Millionen Euro lägen zwar über dem Budgetansatz, seien aber schaffbar, so Finanzminister Hartwig Löger. Der geplante administrative Überschuss im Budget für 2019 sei dadurch nicht gefährdet. Mit dem Ergebnis zeigten sich beide Seiten zufrieden. Vizekanzler Strache sah ein „sehr faires Ergebnis“, man sei „respektvoll“ miteinander umgegangen. GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl sprach von einem „sehr guten Abschluss“. Die durchschnittlichen 2,76 Prozent seien für ihn „ein guter Wert“, der auch über den 2,33 Prozent des Vorjahres liege – bei ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Und selbst bei den höchsten Einkommen würde die Anpassung mit 2,51 Prozent deutlich über der Inflation von 2,02 Prozent liegen. „Wir konnten unsere ursprüngliche Forderung nach einer deutlichen Kaufkraftsteigerung durchsetzen und haben einen wesentlich höheren Abschluss als in den letzten Jahren erreicht“, zeigte sich Schnedl zufrieden.



ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Sandra Kern

Die Landesgeschäftsführerin des NÖAAB Sandra Kern ist seit Oktober 2015 im Bundesrat vertreten. Über viele Jahre hat sie erfolgreich Gemeinden und Funktionär/innen der Volkspartei Niederösterreich als Kommunalreferentin betreut und motiviert. Darüber hinaus hat sie Erfahrung in der Kommunalpolitik als Gemeinde- und Stadträtin gesammelt. Die Arbeit mit Funktionären in Gemeinden und Betrieben ist die wichtigste Säule des NÖAAB. Kern versteht ihre Arbeit als Management- und Kommunikationsdrehscheibe, um das Beste für die Arbeitnehmer/innen und die Familien in diesem Land herauszuholen.



Gerne wandert Sandra Kern mit ihrem Hund Frodo am Sonntag zum Wetterkreuz.

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Mein Lieblingsort ist die Wetterkreuz-Kirche. Die Wallfahrtskirche Wetterkreuz liegt inmitten des Hollenburger Waldes in den Weinbergen oberhalb von Hollenburg. Ihre Geschichte geht bis in das Jahr 1651 zurück. Ein ganz toller Kraft-Platz!

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Jedes Mal, wenn ich zur Wetterkreuz-Kirche wandere, ist das für mich ein besonderes Erlebnis. Wenn es meine Zeit

erlaubt, dann wandere ich am Sonntag in der Früh mit meinem Hund Frodo und einem guten Buch zum Wetterkreuz. Von Hollenburg geht man – vorbei an der verlassenen Mutter Gottes durch die Weinberge – zirka 45 Minuten und hat dabei einen atemberaubenden Ausblick auf die Donau. Vor der Kirche liegt auch meistens ein Gästebuch, in dem Wanderer ihre Gedanken und Erlebnisse eintragen können. Oder es steht ein Korb mit Äpfeln dort, damit sich die Wanderer stärken können. Der Platz hat sehr viel positive Energie, und ich kann dort immer Kraft tanken.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?

Ein „Highlight“ im Jahr ist das Wetterkreuz-Fest. An einem Sonntag im September wird gemeinsam eine Messe gefeiert, davor gibt es schon Kaffee und Kuchen von der Pfarre. Und danach genießen wir das gemütliche Fest mit Mu-

sik, Würstel, Sturm und den Weinen unseres Weinbauvereins.

freiheit: Was ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Ich habe nach meiner Schulzeit fast ein Jahr in Frankreich in der Nähe von Nizza gelebt. Mein absoluter Lieblingsort dort war das Künstlerdorf „Saint-Paul-de-Vence“. Saint-Paul ist ein vielbesuchtes mittelalterliches Städtchen mit gut erhaltenen Befestigungsanlagen. Der kleine Ort ist voller Leben mit vielen Galerien, Handwerksgeschäften und Künstler-Läden. Kleine Cafés und Restaurants laden zum Besuch ein, und der Ausblick in die Region ist wunderschön.



Auf dem Weg zum Wetterkreuz durch die Weinberge

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

100. Geburtstag der Republik Österreich

Am 12. November 2018 feierte das offizielle Österreich den 100. Geburtstag der Republik Österreich mit einem großen Festakt in der Wiener Staatsoper. Ausgerufen wurde die Republik Österreich am Dienstag, dem 12. November 1918. Nach kurzer Debatte im Parlament fasste die Provisorische Nationalversammlung damals den einstimmigen Beschluss betreffend das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich.

Bereits am 21. Oktober 1918 hatten sich die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landhauses als „provisorische Nationalversammlung des selbständigen deutschösterreichischen Staates“ konstituiert. Dessen haben National- und Bundesrat am 21. Oktober 2018 in einer Festsitzung ebendort gedacht. Am 12. November 1918 fand dann mit der Ausrufung der

Republik eine Zeitenwende statt, die den Übergang von der Monarchie zu einer demokratischen Republik markierte. Trotz schwieriger Ausgangslage gelang es der jungen Republik mit der Einführung des Frauenwahlrechts, von Sozialgesetzen und der Bundesverfassung 1920, wegweisende Beschlüsse zu fassen, die unser Land und unsere parlamentarische Demokratie bis heute prägen.

Splitter aus dem Parlament

Segnung der ÖVP-Klubräume am Heldenplatz

Dompfarrer Anton Faber und Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg haben gemeinsam die Räumlichkeiten des ÖVP-Parlamentsklubs gesegnet. Die Initiative dazu ging von den beiden Abgeordneten Martin Engelberg und Karl Mahrer aus.



Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

Dompfarrer Anton Faber (li.), Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg (Mitte) und Klubobmann August Wöginger (re.) bei der Segnung der Räumlichkeiten des ÖVP-Parlamentsklubs.

„Wenn man die letzten Wochen und Monate Revue passieren lässt – wir brauchen oft den Segen von oben, zum Wohle und zum Besten für die Bevölkerung“, dankte Klubobmann August Wöginger den beiden Religionsvertretern für ihre Bereitschaft zur Segnung.

Bundesfrauenkongress in Graz – Bogner-Strauß ist neue Frauenchefin

Beim Bundesfrauenkongress in Graz wurde Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß mit knapp unter hundert Prozent zur neuen Frauenchefin der ÖVP-Frauen und damit zur Nachfolgerin von Dorothea Schittenhelm gewählt. „Vieles wurde in den vergangenen Jahren in der Frauenpolitik bereits erreicht – eine völlige Gleichstellung von Mann



Foto: ÖVP-Klub

Gemeinsam machen sie sich für Frauen stark: Juliane Bogner-Strauß (li.) und Barbara Krenn (re.)

und Frau ist jedoch immer noch weit entfernt“, sagt die Wissenschaftlerin, Politikerin und Mutter von drei Kindern. Neue Frauensprecherin der Volkspartei ist ebenfalls eine Steirerin: Die Nationalratsabgeordnete Barbara Krenn, ehemalige Gastwirtin und Bürgermeisterin in Pürgg, hat diese Aufgabe mit großer Freude übernommen.

Torberg-Medaille an Heinz K. Becker

Die israelitische Kultusgemeinde (IKG) hat dem ÖVP-Europaabgeordneten Heinz K. Becker die „Marietta und



IKG-Präsident Oskar Deutsch (li.) verleiht ÖVP-Europaabgeordnetem Heinz K. Becker (re.) die „Marietta und Friedrich Torberg-Medaille“.

Friedrich Torberg-Medaille“ verliehen. Diese dient dem Andenken an diesen bedeutenden Schriftsteller, großen Humanisten und streitbaren Kämpfer. „Mit Heinz K. Becker hat die Jüdische Gemeinde einen verlässlichen langjährigen Mitstreiter im Kampf gegen Antisemitismus und einen Unterstützer des Staates Israel“, hieß es vonseiten der IKG.

UN-Kampagne „Orange the world“ gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Zahlreiche Gebäude in Österreich – und auch das Parlament am Josefsplatz in Wien – leuchteten vom 20. bis zum 30. November in Orange und setzten damit ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Diese jährliche UN-Kampagne „Orange the world“ wird weltweit umgesetzt.

Geschenktipp: Neue CDs von Franz Morak und vom Parlamentschor

„Last minute-Geschenktipp“ für Weihnachten/Neujahr: Im Stephansdom präsentiert wurde eine CD, die anlässlich des 200. Geburtstages von „Stille Nacht, heilige Nacht“ aufgenommen wurde. Die Weihnachtslieder werden von einem Chor von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aller Fraktionen gesungen. Der Reinerlös kommt der Aktion „Licht ins Dunkel“ zugute.



Foto: ÖVP-Klub/Peer-Pölzer

Franz Morak, ehemaliger Burgschauspieler, Sänger, Kultursprecher und Staatssekretär der ÖVP, hat eine CD herausgebracht. Ein Vierteljahrhundert nach seinem letzten Album und zehn Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Politik legt er mit „Leben frisst rohes Fleisch“ eine neue Scheibe vor, die 14 hörenswerte, coole, rockige und groovige Titel umfasst. Morak pur!

Broschüre zum Familienbonus Plus

„Wir entlasten die Familien“ lautet der Titel einer 16-seitigen Broschüre, die der ÖVP-Parlamentsklub zum Familienbonus Plus herausgegeben hat. Der Familienbonus Plus ist die größte steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern der letzten Jahrzehnte.

Die Broschüre erklärt, wie man zu diesem Familienabsetzbetrag und damit zum Geld kommt, und bietet Informationen über die Höhe der Ersparnis. Sie kann kostenlos angefordert werden unter: elisabeth.maier@oevpklub.at.

ÖAAB präsentiert: Die Spitzenkandidaten für die AK-Wahl 2019



Foto: Steirischer ÖAAB

Steiermark geht mit einem Vollprofi ins Rennen

Mit AK-Vizepräsidenten Franz Gosch schickt die Steiermark einen politischen Vollprofi ins Rennen. Unter „ÖAAB-FCG Liste Franz Gosch“ kandidiert der kampagnenerprobte Christgewerkschafter bereits zum fünften Mal und will seinen erfolgreichen Einsatz für die Rechte der Steirischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fortführen. Der gelernte Installateur fungierte zunächst als Betriebsrat im LKH Leoben, bevor er in die Dienste der Gewerkschaft der Privatangestellten eintrat. 1994 gründete er die Pendlerinitiative, als deren Obmann er österreichweit aktiv ist. Seit 1995 ist er Mitglied der AK-Vollversammlung und seit 1999 FCG-Landesvorsitzender. Seit 2000 ist er Vizepräsident der Steirischen AK.



Foto: NÖAAB

Josef Hager für Niederösterreich

Mit Josef Hager führt ein erfahrener Arbeitnehmervertreter die Liste „Volkspartei Niederösterreich NÖAAB-FCG“ in die AK-Wahl. Der gelernte Bürokaufmann ist seit 2006 Zentralbetriebsratsvorsitzender bei dm drogerie markt. Als NÖAAB-Landesobmann-Stellvertreter und AK-Vizepräsident ist er in vielen Betrieben in Niederösterreich unterwegs, und kennt daher die Sorgen und Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit er seine Ideen und Vorschläge umsetzen kann, braucht es ein gutes Ergebnis und dafür stehen ihm 219 Kandidatinnen und Kandidaten zur Seite.



Foto: Jarmach Photography

Kärnten vertraut auf erfahrenen Betriebsrat aus der High-Tech-Industrie

Christian Struger, AK-Fraktionsvorsitzender aus Villach und stellvertretender Landesobmann des ÖAAB Kärnten, ist der Spitzenkandidat der „ÖAAB Christliche GewerkschafterInnen“ für die AK-Wahl in Kärnten. Der erfahrene 48-jährige Angestelltenbetriebsrat des High-Tech-Unternehmens Infineon ist im Brotberuf Produktingenieur für Mikroelektronik. Politisch ist der Christgewerkschafter im Villacher Gemeinderat aktiv, und vertritt die Arbeitnehmerinteressen auch in verschiedenen Bereichen der Selbstverwaltung wie Krankenkasse und Pensionsversicherung sowie in der Kärntner Landesregierung als Beirat.



Foto: AK Tirol

Tirol geht mit Bewährtem in die Wahl

Als „Liste Präsident Erwin Zangerl, AAB-FCG“ treten AK-Präsident Erwin Zangerl und sein Team bei der Tiroler AK-Wahl an. Bereits seit zehn Jahren ist Zangerl AK-Präsident und Vizepräsident in der Bundesarbeitskammer (BAK). Seine Arbeit ist geprägt vom christlich-sozialen Weltbild, das er im Interesse der Arbeitnehmer-Familien vertritt: Österreich gerät zunehmend in eine soziale Schieflage. Wenn alles den Bedürfnissen der Industrie und dem Finanzkapital untergeordnet wird, bleibt immer weniger für die Arbeitnehmer-Familien. Ihm geht es um soziale Sicherheit und Stabilität in unserem Land.



Die Wahltermine im Überblick:

AK Tirol und AK Vorarlberg,	28.01. - 07.02.2019
AK Salzburg	28.01. - 08.02.2019
AK Kärnten	04.03. - 13.03.2019
AK Oberösterreich	19.03. - 01.04.2019
AK Burgenland, AK Niederösterreich und AK Wien	20.03. - 02.04.2019
AK Steiermark	28.03. - 10.04.2019

Wie funktioniert die AK-Wahl 2019?

Alle fünf Jahre wird das Parlament der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewählt, um die politische Richtung der Arbeiterkammer (AK) zu bestimmen.

Die Arbeiterkammer (AK) ist die offizielle Stimme der arbeitenden Menschen in Österreich und vertritt 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie ist eine lebendige Demokratie, in der die Mitglieder die politische Richtung in Wahlen bestimmen. An die Wahlurnen geht es ab Jänner 2019.

Warum soll man wählen?

Weil nur eine starke AK die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen kann. Mit der Stimmabgabe bestimmt man den politischen Kurs der Interessenvertretung für die nächsten fünf Jahre mit.

Wen wählt man?

Bei der Arbeiterkammerwahl wird in jedem der neun Bundesländer eine Vollversammlung gewählt. Die gewählten Kammerrätinnen und Kammerräte wählen dann die Präsidentin bzw. den Präsidenten der jeweiligen Länderkammer. Das Ergebnis der AK-Wahl bestimmt auch die Zusammensetzung der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer, die wiederum die Präsidentin bzw. den Präsidenten der Bundesarbeitskammer wählt.

Wie wählt man?

Man kann direkt im Betrieb wählen, wenn dort ein Betriebswahlsprenzel eingerichtet wird. Oder man gibt durch Briefwahl die Stimme ab. Die Zusendung der Wahlkarte für die Briefwahl erfolgt automatisch, wenn im jeweiligen Betrieb kein Wahllokal vorhanden ist be-

ziehungsweise man keinem Sprengel für die Wahl im Betrieb zugeordnet werden kann. Es gibt darüber hinaus noch die Möglichkeit, persönlich in einem der öffentlichen Wahllokale zu wählen.

Wer darf bei der AK-Wahl wählen?

Wahlberechtigt sind alle (auch freie) Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, die in einem kammerzugehörigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Personen in Karenz, Präsenz- oder Zivildienere sind nur in Verbindung mit einem aufrechten, kammerzugehörigen Beschäftigungsverhältnis wahlberechtigt. Lehrlinge (ohne Altersbeschränkung), Personen in Karenz, geringfügig Beschäftigte (auch geringfügig beschäftigte freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer), Arbeitslose, Präsenz- oder Zivildienere müssen sich in die Wählerliste eintragen lassen, um wahlberechtigt zu sein.

Austrian Anadi Bank
Die Bank der Zukunft. Seit 1896.

Jetzt Anadi Online-Kredit krallen!

- Top-Zinsen ab nur 2,8 % p.a.* sichern!
- In 5 Minuten zum Kredit
- Verfügbar in 24h

GLEICH ONLINE ABSCHLIESSEN!
anadibank.com

*Repräsentatives Finanzierungsbeispiel Konsumkredit: Bei einem Kreditbetrag von EUR 13.000,00 und einer Laufzeit von 84 Monaten beträgt die monatliche Rate EUR 182,00 bei einem Sollzinssatz von 3,8 % p.a. variabel (Indikator 3-Monats-EURIBOR zuzüglich Aufschlag von 4,12 Prozentpunkten). Der Gesamtkreditbetrag entspricht EUR 12.980,00, die Gesamtkosten betragen EUR 2.257,20 (inklusive Zinsen, Provisionen, Abgaben und Kosten jeder Art), der Effektive Jahreszins 4,73 % p.a., der zu zahlende Gesamtbetrag EUR 15.237,20, die Bearbeitungsgebühr einmalig EUR 0,00, die Bonitätsabfragegebühr einmalig EUR 20,00 und das Kontoführungsentgelt EUR 53,75 p.a. Die Beispielrechnung erfolgt mit einem Sollzinssatz von 2,8 % p.a. variabel. Der Sollzinssatz Ihres Anadi Online-Kredites ist bonitätsabhängig und bewegt sich in einer Bandbreite von 2,8 % bis 6,8 % p.a. variabel. Stand: November 2018. Austrian Anadi Bank AG, Domgasse 5, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Tel. 050202 0, anadibank.com

ÖAAB unterwegs

Treffen der ÖAAB-Familie

Zu einem Empfang lud die ÖAAB-Bundesleitung Funktionärinnen und Funktionäre von einst und jetzt, um einen Austausch der Generationen zu ermöglichen. Zahlreiche Gäste aus allen Bundesländern folgten der Einladung der ÖAAB-Spitze in das Dachfoyer der Wiener Hofburg. Bei dem geselligen Zusammensein ließ man die Erfolge des ÖAAB Revue passieren und genoss bei Schnitzel, Gulasch und Fleischlaibchen die gute Stimmung.



Fotos: ÖAAB

ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits durfte zahlreiche Gäste aus ganz Österreich im Dachfoyer der Wiener Hofburg begrüßen.



Bundesrat Karl Bader, Bundesobmann August Wöginger, Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und der ehemalige Bundesratspräsident Edgar Mayer genossen den Abend mit langjährigen Freunden.



Die Alt-Bundesobmänner waren stark vertreten (v.l.n.r.): Fritz Neugebauer, Herbert Kohlmaier, Josef Höchtl, der amtierende ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Robert Lichal, Werner Fasslabend und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits



Den ÖAAB-Empfang zum Anlass nahmen viele Gäste aus den Bundesländern. Hier im Bild eine Abordnung aus Salzburg (v.l.n.r.): ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Landesobmann Karl Zallinger, Nationalratsabgeordnete Gertraud Salzmann, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, LGF Jure Mustac und ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NÖAAB waren stark vertreten. Gemeinsam mit ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer, den Nationalratsabgeordneten Johann Rädler und Rudolf Taschner nahmen sie die Gelegenheit zu einem Austausch wahr.



ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger ließ in seiner Begrüßung das vergangene Jahr Revue passieren und gab einen Ausblick auf die ÖAAB-Vorhaben der kommenden Monate.

Foto: ÖAAB



Burgenländisch/Steirischer Pendlergipfel in Loipersdorf

Auf Initiative von ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits und dem Obmann der Österreichischen Pendlerinitiative AK-Vizepräsident Franz Gosch trafen sich Vertreter des burgenländischen und des steirischen ÖAAB in Loipersdorf, um mögliche Ideen für eine finanzielle Entlastung der Pendlerinnen und Pendler zu finden. Allein im Burgenland pendeln 98.000 Menschen täglich zur Arbeit. Die Situation ist in der Steiermark ähnlich. Im Zuge der Sitzung war man sich schnell einig: Bei der geplanten Steuerreform 2020 muss es in diesem Bereich steuerliche Erleichterungen geben. Im Bild (v.l.n.r.): LGF Günther Ruprecht, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Gerald Weber, Bgm. Herbert Spirk, AK-Vizepräsident Franz Gosch, Franz Haberl, LAbg. Bernhard Hirczy, Franz Dampf, Landesobmann Christian Sagartz, LAbg. Walter Temmel und LGF Johannes Mezgolzits.

Foto: Wolfgang Kostenwein



Wie digital soll Schule sein, Herr Bildungsminister?

Erstmals hat die Landesobfrau des ÖAAB Kärnten Abg.z.NR Angelika Kuss-Bergner in Kooperation mit der Kärntner Lehrerbundobfrau Claudia Wolf-Schöffmann zum Forum Bildung nach Klagenfurt eingeladen, um Lehrkräften, Direktorinnen und Direktoren, Eltern und der Schülerschaft die Möglichkeit zu bieten, politische Entwicklungen im Bildungsbereich direkt und aus erster Hand zu erfahren. Als Stargast war Bildungsminister Heinz Faßmann geladen, der in seiner Keynote über den „Masterplan Digitalisierung“ referierte. Als Dank für sein Kommen überreichten Lehrerbundobfrau Claudia Wolf-Schöffmann (li.) und Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner (re.) dem Bildungsminister Heinz Faßmann (Mitte) einen Guglhupf.

PARKEN & ABHEBEN

am Flughafen Wien

Buchen
Sie online und
sparen Sie bis zu

20%

DAS GUTE LIEGT SO NAH.

viennaairport.com/onlineparken

VIC Vienna
International
Airport

Mit kleinen Schritten Großes erreichen.



Fondssparen
ab 50 € im
Monat

Bitte beachten Sie, dass eine Veranlagung in Wertpapiere neben Chancen auch Risiken birgt. Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu. Der Prospekt, die „Informationen für Anleger nach § 21 AIFMG“, der vereinfachte Prospekt sowie die wesentliche Anlegerinformation (KID) können Sie in der jeweils aktuell gültigen Fassung auf den Webseiten www.erste-am.com bzw. www.ersteimmobilien.at abrufen.

erstebank.at
sparkasse.at